



ZEICHENERKLÄRUNG zu Teil A

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

 Sonstiges Sondergebiet (SO/PV) gem. § 11 Abs. 2 BauNVO mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage



2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

 Maximale Grundflächenzahl gem. §§ 16 und 19 BauNVO
 Maximal zulässige Anlagenhöhe gem. § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 Abs. 1 u. 3 BauNVO

Baugrenze






4. VERKEHRSFLÄCHEN
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

 Verkehrsflächen, öffentlich
 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, privat




5. GRÜNFLÄCHEN
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

 Grünfläche
 privat





6. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR
MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON
NATUR UND LANDSCHAFT
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25b BauGB

 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
 Maßnahmenfläche M1: 5,00 m Heckenpflanzung
 Maßnahmenfläche M2: Entwicklung von extensiven Grünland
 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern nach § 30 BNatSchG und § 18 BbgNatSchAG gesetzlich geschütztes Biotop 14/2/24 - Kleingewässer
 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern nach § 30 BNatSchG und § 18 BbgNatSchAG gesetzlich geschütztes Biotop 14/2/24 - Kleingewässer













7. SONSTIGE PLANZEICHEN

 mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zu Gunsten des Versorgungsträgers
 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem. § 9 Abs. 7 BauGB
 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (öffentliche / private Verkehrsfläche)

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN
§ 9 Abs. 6 BauGB

 Hauptversorgungsleitung, Gas, unterirdisch
 33 kV-Leitung nebst begleitendem LWL Kabel, unterirdisch
 33 kV-Leitung nebst begleitendem LWL Kabel, unterirdisch, außerhalb des Geltungsbereiches
 Gewässer II. Ordnung 3/00/38, verrohrt

DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

 Flurstücksgrenze mit Flurstücksbezeichnung
 Flurgrenze
 Gemarkungsgrenze
 Gemeidegrenze
 Höhe OKG Bestand, in Metern über DHHN2016
 Höhenlinien, in Metern über DHHN2016
 vorhandener Weg bzw. Kranstellfläche (WEA)
 Schutzstreifen, 8 m Breite beidseitig der Hauptversorgungsleitung Gas
 Schutzstreifen, 5 m Breite beidseitig des verrohrten Gewässers II. Ordnung 3/00/38
 Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 m bzw. 100 m zum Fahrbahnaußenrand der Autobahn) gem. § 9 FStGr
 Gasmerksäule
 Gelandehöhe OKD (Oberkante Schachdeckel) 99,21 in Metern über DHHN2016

Teil B - TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 Sonstiges Sondergebiet SO/PV gem. § 11 Abs. 2 BauNVO
1.1.1 Es wird ein Sonstiges Sondergebiet SO/PV mit der Zweckbestimmung Freiflächenphotovoltaik festgesetzt.
1.1.2 In den Flächen SO/PV sind jeweils zulässig:
-- Photovoltaikanlagen sowie die technisch erforderlichen Nebenanlagen (z. B. Übergabestation, Trafostation usw.) innerhalb der Baugrenzen
-- das Aufstellen von Kameramasten zur Überwachung der Anlagen
-- das Verlegen von Erdkabeln für den Netzanschluss
-- eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen zur Erprobung von Futteranbau, Substratanbau für Biogasanlagen sowie weitere Formen landwirtschaftlicher Nutzung (bspw. Beweidung, Imkere)
-- die Anlage von Wegeflächen in Teilversiegelung aus Schotterrecycling
-- die Nutzung von Fahrspuren für Wartungsfahrzeuge und Feuerwehr
1.1.3 Nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB bis zur endgültigen Betriebseinstellung mit anschließender Folgenutzung "Landwirtschaft" gem. 9 Abs. 1 Nr. 18 a BauGB

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Sonstiges Sondergebiet SO/PV gem. § 11 BauNVO
2.1.1 Für das Maß der baulichen Anlagen im Sonstigen Sondergebiet SO/PV wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,7 festgesetzt.
2.1.2 Die maximal zulässige Höhe der Module beträgt jeweils 3,00 m und darf nicht überschritten werden, bezogen auf das anstehende Gelände in Meter über DHHN2016.
2.1.3 Sonstige bauliche Nebenanlagen in den Sonstigen Sondergebieten dürfen abweichend von 2.1.2 folgende maximal zulässige Höhen nicht überschreiten:
- Trafostationen und Monitoringcontainer, max. 3,50 m
- Kameramasten, max. 5,00 m, bezogen auf das anstehende Gelände in Meter über DHHN2016.
2.1.4 Zulässig ist die Errichtung eines Sicherheitszaunes innerhalb aller Sonstigen Sondergebiete im Abstand von mind. 0,50 m zu den angrenzenden Flurstücken. Die maximal zulässige Bauhöhe der lichtdurchlässigen Zaunanlage beträgt 2,50 m inklusive Übersteigenschutz. Im Bodenbereich ist eine Bodenfreiheit von mind. 10 cm sicherzustellen, damit Kleintiere dauerhaft Durchschlupf finden. Als Bezugshöhe gilt das anstehende Gelände in Meter über DHHN2016.

3. VERKEHRSFLÄCHEN gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

3.1 Bestehende private Wege bleiben in ihrem Bestand erhalten und werden als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt, zur Erschließung der SO-PV-Flächen und der Bestands-WEA.

4. FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

4.1 Als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft werden die mit M1 und M2 bezeichneten Maßnahmenflächen festgesetzt.
4.1.1 Innerhalb der Maßnahmenfläche M1 ist eine dreireihige Hecke aus gebietsheimischen und standortgerechten Gehölzen zu pflanzen. Die Pflanzung der Sträucher, innerhalb der Maßnahmenfläche M1, erfolgt in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,50 m, Str. 2xv. ohne Ballen 60-100 cm dreireihig sowie Heister in der mittleren Reihe mit einem Abstand von 15,0 Metern, bei 125-200 cm.
4.1.2 Als Maßnahmenfläche M2 wird die Entwicklung von extensiven Grünland festgesetzt. Innerhalb der Maßnahmenfläche M2 ist als Initialisierung zunächst eine Einsaat aus Regiosaatgut-Mischungen (RSM Regio nach FL) als Grundmischung auf 50 % der Flächen vorzunehmen. Auf den übrigen Flächen erfolgt eine Selbstbegrünung.
Zur Fertigstellungs- und Entwicklungsphase (1.-5. Jahr) eine 2-mal jährliche Mahd mit anschließender Mahdgruteräumung ausschließlich im Zeitraum 15.07. - 28.02. eines Folgejahres zulässig.
Zur Unterhaltspflege je nach Nährstoffverfügbarkeit im Boden höchstens 2 x jährlich aber mindestens alle 3 Jahre Mahd ausschließlich im Zeitraum 15.07. - 28.02. eines Folgejahres zulässig.
Mahd ausschließlich mit Messerbalken mindestens 10 cm über Geländeoberkante. Eine Wiesenpflege durch Walzen oder Schleppen ist mindestens in der Hauptbrutzeit vom 01.03. bis 15.07. zu unterlassen.
Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.
Der Einsatz von Stickstoffdünger darf das jährliche Nährstoffäquivalent von 1,4 GVE/ha nicht überschreiten.
Eine Nutzung durch Beweidung mit bspw. Schafen ist ab 15. Juli bis Ende Oktober zulässig, bei einem Besatz von maximal 1,4 GVE/ha.

HINWEISE:

1. Hinweise zu Gewässern II. Ordnung
Der im Geltungsbereich vorhandene Wasserlauf bzw. Graben II. Ordnung (3/00/38) ist von baulichen Anlagen (Fundamente, Baugruben, Materiallagerrampen, Baustelleneinrichtung sowie erforderliche Bodenauffüllungen) mit einem Abstand von 5,0 Metern beidseitig ab Rohrscheitel freizuhalten. Rohrleitungen dürfen nicht überbaut werden. Die Lage der Fundamente, der Baugruben, Materiallagerplätze, Baustelleneinrichtungen und Zäune ist so zu wählen, dass sie sich außerhalb dieses 5-Meter-Streifens befinden. Vor Baubeginn sind die verrohrten Gewässerabschnitte im Bereich des Solarparks und der Zuwegungen mit dem 5-Meter-Abstand in der Örtlichkeit festzustellen und zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung der Rohrleitung ist vor Ort vom Bereichsingenieur des Wasser- und Bodenverbandes "Prignitz" abnehmen zu lassen.
2. Hinweise zum Denkmalschutz
Im Vorhabengebiet sind derzeit keine Baudenkmale und archäologische Fundstellen (Bodendenkmale) registriert. Nutzungsänderungen, Veränderungen und Teilerstörungen von Bodendenkmalen bedürfen gem. §§ 9, 19 / § 20 Abs. 1 einer denkmalrechtlichen Erlaubnis/Baugenehmigung. Im Erlaubnisverfahren wird der Grad der Beeinträchtigung der Bodendenkmale ermittelt. Durch den Vorhabenträger ist gem. § 19 Abs. 1 BbgDSchG ein Antrag auf Erteilung einer solchen Erlaubnis schriftlich mit den zur Beurteilung der Maßnahme erforderlichen Unterlagen bei der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises PR zu stellen. Im Falle eines Baugenehmigungsverfahrens ist der Antrag an die untere Bauaufsichtsbehörde zu richten.
Da mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, sind folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) zu beachten:
Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzfunde oder -bohlen, Münzen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT Wünsdorf und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises (Tel. 03876 / 713127, Fax 03876 / 713300) anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).
Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.
3. Hinweise zum Munitionsschutz
Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden werden, ist es nach § 3 Absatz 1 Nr. 1 der Ordnungsbehördenverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg-KampfmV) vom 23.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II Nr. 30 vom 14.12.1998, verboten, entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Die Fundstelle ist gemäß § 2 der genannten Verordnung unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen.
4. Hinweise zum Artenschutz
V1-Bauzeitenregelung Brutvögel
Bei Umsetzung des geplanten Vorhabens ist, zum Schutz der im Offenland lebenden Brutvögel, die gesamte Bauphase außerhalb der Brutzeit, im Zeitraum vom 01.09. bis 28.09.02, eines Folgejahres zu vollziehen (Brutzeit von 01.03. - 31.08.), so dass dadurch keine Störungen oder Beeinträchtigungen der Arten entstehen können.
Baumaßnahmen an einer Anlage können in der Brutzeit begonnen oder in diese hinein fortgesetzt werden, wenn eine Vergrämung mit Flatterband unter folgenden Maßgaben erfolgt:
- Die Vergrämungsmaßnahme muss spätestens zu Beginn der Brutzeit bzw. bei Bauunterbrechung von mehr als sieben Tagen spätestens am achten Tag eingerichtet sein und bis zum Baubeginn funktionsfähig erhalten bleiben.
- Das Flatterband ist in einer Höhe von min. 50 cm über dem Boden an geeigneten Pfosten anzubringen. Dabei muss sich das Band ohne Bodenkontakt immer frei bewegen können, ggf. ist die Höhe des Bandes an die Vegetationshöhe anzupassen. Der Abstand der Pfosten zueinander sollte maximal 10 m betragen.
- Baubereiche die größer als 20 m an der breitesten Stelle sind, sind nicht nur außen abzusperren, sondern darüber hinaus durch weitere Bahnen auf den Flächen zu unterteilen. Der Abstand der Bahnen innerhalb dieser Flächen darf nicht größer als 10 m sein.
Alternative Vergrämungsmaßnahmen sind in Abstimmung und mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde zulässig.
Zur Gewährleistung ihrer Funktionstüchtigkeit ist die Maßnahme im Turnus von maximal 14 Tagen zu kontrollieren. Über die Kontrollen sind Protokolle anzufertigen, in denen auch besondere Ereignisse z.B. Schäden und eingeleitete bzw. durchgeführte Maßnahmen erfasst werden.

5. Hinweise zur Umweltüberwachung

Für die geplanten Pflanzmaßnahmen wird eine Pflege zur Fertigstellung gem. DIN 18916 festgesetzt. Nach Abschluss der Fertigstellungspflege im ersten Jahr gem. DIN 18916 ist im Anschluss eine Entwicklungs- und Unterhaltungspflege gem. DIN 18919 für die Dauer von 4 Jahren durchzuführen. Somit kann ein sicheres Anwachsen und eine kräftige Entwicklung gewährleistet werden.
Bei Nicht-Erhältlichkeit von Saatgut für die Entwicklung von extensivem Grünland ist eine Selbstbegrünung durch Sukzession oder Mahdgruteräumung von geeigneten Spenderflächen nach Rücksprache mit der zuständigen UNB zulässig.
Darüber hinaus ist die Umsetzung des Pflegeregimes auf den einzelnen Maßnahmenflächen regelmäßig zu überwachen und das angestrebte Entwicklungsziel auf Erfolg zu überprüfen. Im Rahmen einer naturschutzfachlichen Baubegleitung des geplanten Vorhabens sind durch entsprechend fachkundige Personen regelmäßige Funktionskontrollen bezüglich der geplanten Maßnahmen durchzuführen, das schließt auch die Überwachung der Bauzeitenregelung mit ein.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. **Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)**
Die Gemeindevertretung Gerdshagen hat in ihrer Sitzung am 28.01.2021 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24" mit Beschluss-Nr. 2/2021 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
Meyenburg, den Siegel Amtsdirektor
2. **frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) sowie frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 BauGB)**
Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte mit dem Vorentwurf Dezember 2020 im Zeitraum vom 17.02.2021 bis 19.03.2021 und wurde ortsüblich bekannt gemacht. Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden mit Schreiben vom 28.01.2021 über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung unterrichtet. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden erfolgte in der Zeit vom 04.02.2021 bis 07.03.2021. Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen wurden von der Gemeindevertretung Gerdshagen am 24.02.2022 mit Beschluss-Nr. 3/2022 abgewogen und beschlossen. Die Ergebnisse der Abwägung wurden in den Entwurf des BP Nr. 7 "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24" eingearbeitet.
Meyenburg, den Siegel Amtsdirektor
3. **Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 2 BauGB)**
Die Gemeindevertretung Gerdshagen hat am 24.02.2022 den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24", bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht einschließlich Anlagen in der Fassung Februar 2022 mit Beschluss-Nr. 5/2022 beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt.
Die Durchführung zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte mit dem Entwurf des Bebauungsplanes "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24", bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht einschließlich Anlagen sowie den vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, Stand Februar 2022 in der Zeit vom 11.04.2022 bis 13.05.2022 und wurde ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.
Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen wurden von der Gemeindevertretung Gerdshagen am mit Beschluss-Nr. abgewogen und beschlossen. Die Ergebnisse der Abwägung wurden in die Sitzung des BP Nr. 7 "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24" eingearbeitet.
Meyenburg, den Siegel Amtsdirektor
4. **Satzungsbeschluss / Ausfertigung (§ 10 BauGB)**
Die Gemeindevertretung Gerdshagen hat den Bebauungsplan "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24", bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht einschließlich Anlagen in der Fassung vom Oktober 2022 mit Beschluss-Nr. am als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24" wird hiermit ausfertigt.
Meyenburg, den Siegel Amtsdirektor
5. **Bekanntmachung / Inkrafttreten (§ 10 BauGB)**
Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24", bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht einschließlich Anlagen in der Fassung vom Oktober 2022 sowie die Stelle, bei der der Bebauungsplan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über dessen Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängel der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214, § 215 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Der Bebauungsplan "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24", bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht einschließlich Anlagen in der Fassung Satzung vom Oktober 2022 ist mit der Bekanntmachung in Kraft getreten.
Meyenburg, den Siegel Amtsdirektor

RECHTSGRUNDLAGEN:

1. BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist.
2. BauNVO: Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.
3. PlanZV: Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.
4. BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362, 1436) geändert worden ist.
5. BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28).
6. BbgBO: Brandenburgisches Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 5]).

HINWEIS ZUR PLANUNTERLAGE

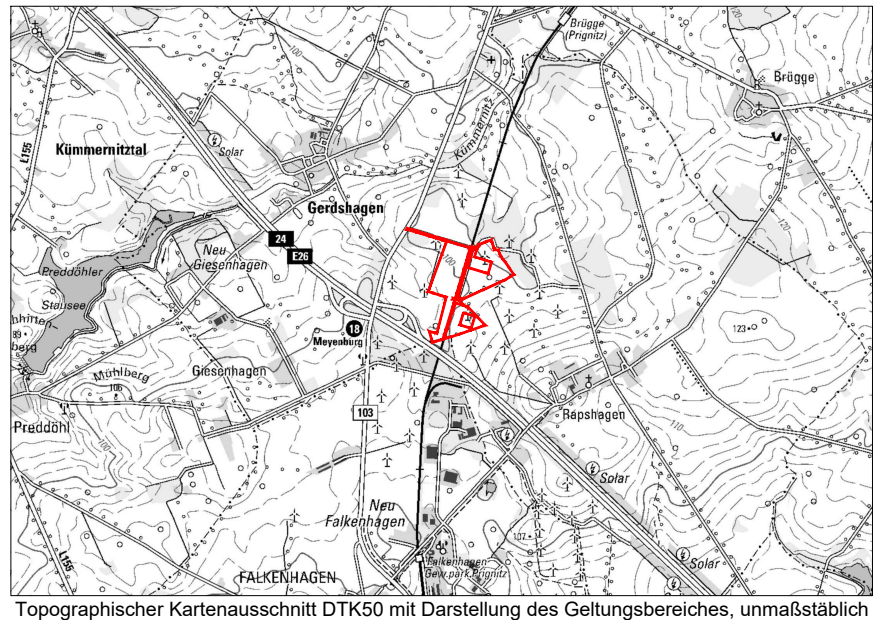
Gemeinde: Gerdshagen, Amt Meyenburg
Gemarkung: Gerdshagen
Flur: 2
Kartengrundlage vom des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs (ÖbVI) Lagesystem ETRS89 Zone 33 / Höhenbezugssystem DHHN2016.

..... Siegel

Amt Meyenburg
Gemeinde Gerdshagen

Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24"

Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB



Bebauungsplan Nr. 7
"Solarpark nordöstlich der Anschlussstelle Meyenburg der BAB 24"
Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Stand: Oktober 2022 M 1:2.500

k.k-RegioPlan
Büro für Stadt- und Regionalplanung

Dipl.Ing. Karin Kostka
Doerfelstraße 12
16928 Pritzwalk
Tel.: 03395 / 303996
Fax: 03395 / 300238
Mobil: 0172 8533942
e-mail: kk-regioplan@gmx.net